

Versprechungen der Linken sind seit jeher Utopie

Wahlplakate säumen Hamburgs Straßen.

Die SPD zeigt ihren Bürgermeisterkandidaten Olaf Scholz recht bestimmt und sehr bestimmend – damit die Hamburger ihm auch glauben können.

Die CDU wirbt mit Bürgermeister Christoph Ahlhaus und Wahlversprechen aus dem Parteiprogramm zur Bürgerschaftswahl 2009. Vergessens hatten sich die Wähler vor zwei Jahren auf sie verlassen.

Recht hübsch schaut FDP-Kandidatin Katja Suding aus. Ebenso wirkt das Wortspiel mit ihrem Vornamen: KatJA. Allein, es mangelt an Inhalten, wenn man von ein paar optimistischen Schlagworten absieht.

Den Grünen ist die Fahrkarte für einen Koalitionszug schon so oft gelocht worden, dass ihr Fahrtziel kaum noch zu entziffern ist. So leuchtet es von ihren Plakaten überwiegend grün – die Farbe auch ihrer Hoffnung.

Dann gibt es da noch die Linke, die 8000 Wohnungen jährlich verspricht. Abgesehen davon, dass sie nicht sagt, wo die dafür benötigten Grundstücke sind oder ob Plattenhochhäuser gebaut werden sollen: Utopia war schon Programm ihrer Alt-

sprechungen, frei nach Bert Brecht, „nur bleiben, der durch sie ging; der Wind“.

Unzweifelhaft ist der Begriff „versprechen“ in der politischen Auseinandersetzung in Hamburg ungewöhnlich – Stammtisch-Diskussionen ausgenommen.

Dietrich Wersich haben bei seiner denkwürdigen Pressekonferenz offensichtlich einen Augenblick lang gute Argumente gefehlt. Denn diese Wortwahl müsste ihm eigentlich fremd sein.

Auf der Gelehrtenschule des Johanneums macht man ein altsprachliches humanistisches Abitur. Dort kann er diesen Jargon also nicht geübt haben.

Auch später, als er im Krankenhaus Bethanien als Mediziner tätig war, kaum. Es wurde 1874 von Pastoren und Mitgliedern der heutigen Evangelisch-Methodistischen Kirche gegründet; Diakonissen gaben den Ton vor.

Bleibt nur die Zeit als Geschäftsführer des Altonaer Theaters und der Kammerspiele. Es ist ja bekannt, dass Theaterstücke manchmal in recht drastischer Sprache inszeniert werden.

Hat er dort vielleicht einmal eine Versäuerung des Publikums mitbekommen?

Wie ich es sehe
VON KAY E. SATTELMAIR



SPD-Spitzenkandidat Olaf Scholz will keine neue Schul-Debatte



3. März 2010: Die Spitzen von CDU, GAL und SPD unterzeichnen im Rathaus einen zehnjährigen „Schulfrieden“

Foto: STEFAN HESSE, LARSBERG-FU

Bricht die SPD nach der Wahl den Schulfrieden?

Erste Kandidaten rücken vom Volksentscheid ab

City - Keine neuen Schul-Experimente - das verspricht SPD-Chef Olaf Scholz seit Wochen im Wahlkampf. Doch viele Sozialdemokraten zweifeln den von Scholz zugesicherten „Schulfrieden“ an.



Von OLAF SCHILZ

Ist die Primarschule etwa doch noch nicht vom Tisch? Mehr als ein Dutzend SPD-Bürgerschaftsmitglieder machen sich auf der Wahlinfo-Webseite „Kandidatenwatch.de“ für längeres gemeinsames Lernen stark, fordern Änderungen an der bestehenden Schulstruktur aus Grundschule, Stadtteilschule und Gymnasium.

Ein klarer Widerspruch zum SPD-Wahlprogramm! Dort heißt es: „Wir stehen zu dem zehnjährigen Schulfrieden, der erneute Veränderungen an dieser Schulstruktur ausschließt.“

Die Schul-Rebellen zählen teilweise zur ersten SPD-Liga! So spricht sich mit Bürgerschafts-Vizepräsidentin Barbara Duden die Nummer zwei der Landesliste beim Kandidaten-Check im Internet gegen die Begrenzung der Grundschulzeit auf vier Jahre aus.

Auch Ver.di-Chef Wolfgang Rose, von Scholz auf den aussichtsreichen elften Listenplatz gehiebt, drückt sich um ein Bestehen der Schulfrieden-Stadtdessen schreibt er: „Der Volksentscheid gilt“ – ein kleiner, aber feiner Unterschied. Denn dessen Bindung endet nach Meinung der meisten Experten mit der Neuwahl am 20. Februar.

Ein Zufall? Wohl kaum. Rose: „Meine persönliche Meinung bleibt: Gemeinsames Lernen ist besser und gerechter.“

Droht bei einem SPD-Senat die Einheitsschule durch die Hintertür? SPD-Sprecher Jörg Schmall: „Ein klares Nein! Da ist Olaf Scholz im Wort. Er hat gesagt, der Schulfrieden gilt – daran wird bei einem von ihm geführten Senat nicht gerüttelt.“

Dass Scholz nicht immer so. Bei der Unterzeichnung des Schulfriedens im März 2010 wollte der SPD-Chef noch nicht versprechen, dass der zehnjährige Reformstopp auch bei einem Sieg der Primarschul-Gegner gilt.

Eine Aussage, die den Einheitsschul-Fans seiner Partei in guter Erinnerung geblieben sein dürfte.

Behörde muss Feuerwehr-Beamte entschädigen

City - Die Hansestadt muss Feuerwehrbeamte für rechtswidrig angeordnete Arbeitszeit entschädigen. Das hat das Oberverwaltungsgericht in 22 Berufungsverfahren entschieden. Hintergrund: 1998 hob Hamburg die Arbeitszeit für Feuerwehrbeamte von 48 auf durchschnittlich 50 Stunden pro Woche an, musste die Erhöhung nach einem EU-Urteil 2005 zurücknehmen. Die Beamten forderten einen Ausgleich, bekamen jetzt größtenteils recht.

Hotelführer für Verliebte im Norden

City - „Wer verliebt ist, hat Schmetterlinge im Bauch. Und die wollen auch mal raus aus der Stadt.“

So steht es im Hotelführer „Kleine Fluchten für Verliebte“, der gerade in der Edition des „Hamburger Abendblatts“ erschienen ist. Darin: die schönsten norddeutschen Hotels und Pensionen mit romantischem Flair. Vom Schlosshotel in Potsdam bis zum Leuchtturm auf Usedom – auf 324 Seiten insgesamt 50 ausgewählte Hotels und Pensionen, die sich besonders für den Urlaub zu zweit eignen. Für 12,95 Euro im Handel, im Internet (www.abendblatt.de/shop) oder telefonisch unter 040-34 72 65 66 bestellen.

Autofahrer prügeln sich um Parkplatz

Buchholz - Ein Autofahrer (34) hatte in Buchholz in der Nordheide eine Parklücke entdeckt, musste aber erst den Gegenverkehr vorbeilassen. Diese Zeit nutzte ein 52-Jähriger, parkte blitzschnell ein. Der 34-Jährige stellte ihn zur Rede, es gab eine wilde Schlägerei. Die Polizei musste schlichten.

Experten kritisieren Wahlrecht

Kiel - Hartes Experten-Urteil über die Wahlrechts-Pläne von CDU, FDP und SPD in Kiel! Deren Vorstellungen würden wahrscheinlich dazu führen, dass der Landtag nach der nächsten Wahl wieder deutlich mehr Abgeordnete haben werde als die angestrebten 69, rügten die Juristen bei einer Landtagsanhörung. Das schleswig-holsteinische Wahlrecht muss wegen eines Verfassungsgerichtsurteils geändert werden.

Bezirks-Chefs machen gegen Sparzwang mobil



Foto: SYBIL SCHNEIDER

Die Bezirkschefs (v. li.): Torsten Meinberg (Harburg), Torsten Sevecke (Eimsbüttel), Wolfgang Kopitzsch (Nord), Cornelia Schroeder-Piller (Wandsbek), Christoph Krupp (Bergedorf), Markus Schreiber (Mitte), Jürgen Warmke-Rose (Altona)

Von MEIKE SCHOLTEN

City - Müssen Hamburgs Bürger bald monatelang auf einen Ausweis warten? Fällt die Schweinegrippe-Impfung in der Hansestadt flach?

Hamburgs Bezirks-Bürgermeister sendeten gestern einen gemeinsamen Hilferuf aus. Sieben Bezirksamtsleiter aus verschiedenen Parteien – mit einer Stimme an einem Tisch. Das hat's in Hamburg wohl noch nie gegeben. Doch die Bezirke wollen die Sparrunden auf kommunaler Ebene nicht länger hinnehmen.

Altonas Bezirkschef Jürgen Warm-

ke-Rose (parteilos) warnte bei dem Treffen im „Parlament“ unterm Rathaus: „Wir sind in vielen Fachbereichen an der Grenze der ordnungsgemäßen Verwaltung angekommen.“

Cornelia Schroeder-Piller (CDU, Wandsbek) wurde noch deutlicher. Zum Thema „Schlanker Staat“ sagte sie: „Hier sitzen sieben Magermodells. Das System bricht zusammen, weil wir keine Fettreserven mehr haben.“

Sie rechnete vor: Im Januar gab es 350 zusätzliche Fälle bei der „Grundversicherung für ältere Menschen“, aber nicht mehr Personal.

Die Zahl der Kitagebühren wuchs von 52 000 in 2004 auf 75 000 in diesem Jahr, das Personal blieb gleich. Die Bearbeitungszeit für Personalanweise verdreifachte sich bereits – wie Torsten Meinberg (Harburg, CDU) hinzufügte.

Die Bezirkspolitiker fordern, dass nicht bei den Kommunen, sondern bei den Wasserköpfen in den Fachbehörden eingespart werden soll.

Nord-Chef Wolfgang Kopitzsch (SPD): „Es kann doch nicht angehen, dass mehr Leute unsere Arbeit kontrollieren, als in diesem Bereich arbeiten.“



- Bundesweit BILD-günstiger Tarif
- Mit 12 Monaten Preisgarantie
- Keine Mindestvertragslaufzeit
- Kein kompliziertes Rabatt- oder Vorkassemodell

Der Wechsel war so einfach! Familie Neumann würde sich wieder für den Gastarif von BILD Energie entscheiden.



Wir haben einfach gewechselt!



Profitieren auch Sie jetzt vom Wechselservice von BILD Energie! Ganz bequem von zu Hause aus bestellen Sie den Gastarif telefonisch oder online. Von da an brauchen Sie sich um nichts zu kümmern: BILD Energie übernimmt alle Formalitäten für Sie. Klasse, denn so haben Sie mehr Zeit für sich! Übrigens: Die Vertragsbedingungen von BILD Energie sind wegen ihrer Kundenfreundlichkeit gerade mit „SEHR GUT“ ausgezeichnet worden (Verivox, Note: 1,4)!



Jetzt vergleichen und wechseln unter: **www.bild-energie.de** oder **0 18 02-77 88 88****

*BILD Energie ist ein Angebot der XOOOL GmbH, Münster. **Mo. bis Fr. 9-19, Sa. 9-15 Uhr, 6 Ct. je Anruf aus dem dt. Festnetz, mobil max. 42 Ct. je Minute